



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Tunesien

2011

Im Dezember 2010 löste die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouaziz Massenproteste im ganzen Land aus. Die Proteste gingen 2011 unvermindert weiter. Die Bevölkerung wandte sich gegen schlechte Lebensbedingungen bei gleichzeitiger Selbstbedienungsmentalität der Politischen Elite, Behördenwillkür und die Unterdrückung demokratischer Veränderungen. Am 14. Januar 2011 floh Präsident Zine el-Abidine Ben 'Ali ins Ausland. Der erste Erfolg der "Jasmin-Revolution" beflügelte die Protestbewegungen in ganz Nordafrika und wurde zum Vorreiter für den "Arabischen Frühling."

Tödliche Polizeigewalt

Das alte Regime ließ die Proteste zunächst brutal nieder schlagen. Amnesty International erfuhr von mindestens 234 Todesopfern bei Demonstrationen. Weitere 74 Menschen, die im Zusammenhang mit den Protesten verhaftet worden waren, wurden in den Gefängnissen getötet. (1)

Unter der Übergangsregierung im Februar 2011 starben drei Demonstrierende, als Sicherheitskräfte einen friedlichen Sitzstreik in der Altstadt von Tunis mit Gewalt auflösten. Ein weiterer, der erst 13 Jahre alte Thabet el Hejlaoui, starb am 17. Juli in Sidi Bouzid durch eine Kugel. Sicherheitskräfte eröffneten das Feuer auf Demonstrierende, die gegen die Übergangsregierung protestierten. Der Junge hatte vom Rande aus zugesehen. (2)

Folter unter der Übergangsregierung

Nach Erkenntnissen von Amnesty International gab es 2011 weit weniger Folttervorwürfe als in früheren Jahren.

Mohamed Siidki Hlimi beschuldigte ranghohe Polizeibeamte, die nach seiner Zeugenaussage für den Tod mehrerer Demonstrierender bei Protesten gegen das alte Regime verantwortlich waren. Als er dazu im März in einem Militärlager in Kasserine aussagen sollte, wurde er verhaftet und 7 Tage festgehalten. Er gab später zu Protokoll, dass Polizisten ihn auszogen, die ganze Zeit über nackt fesselten, schlugen und vergewaltigten. Er weigerte sich, eine belastende Aussage gegen Personen zu unterschreiben, die er nicht kannte und die als Brandstifter abgebrannter Polizeistationen verantwortlich gemacht werden sollten.

Im Mai wurde der 17-Jährige Student Fouad Badrouci nach Protesten in Tunis von maskierten Polizisten fest genommen. Sie schlugen ihn und brachten ihn mit anderen Protestierenden ins Bouchoucha-Gefängnis. Seiner Aussage nach mussten alle auf einem Bein und mit erhobenen Armen stehen und wurden immer wieder geschlagen. Nahrung und Wasser wurde ihnen verweigert. Erst als sie Blankoformulare unterschrieben, kamen sie frei. Fouad Badrouci trug sichtbare Verletzungen davon. Seine Nase, ein Arm und eine Rippe waren gebrochen. (2)

Erste Maßnahmen gegen exzessive Polizeigewalt und Folter

Nach fortgesetzten Protesten löste die Übergangsregierung im März die berüchtigte Staatssicherheit auf, die unter dem alten Regime für zahllose Folttervorfälle und Misshandlungen verantwortlich gewesen war. Kritiker vermuteten allerdings, dass die Mitglieder der Staatssicherheit

einfach in andere Sicherheitseinheiten wechselten. Zivilgerichte, die erste Fälle von Folter aus dem alten Regime untersuchten, konnten oder wollten nicht gegen ranghohe Beamte der Staatssicherheit vorgehen. Letztere verweigerten einfach die Befragung. (1)

Die Untersuchung der vielen Todesfällen während der Demonstrationen gegen das alte Regime übernahmen Militärgerichte. Eine weitere, im Februar gegründete Kommission zur Untersuchung der exzessiven Gewalt, konnte nach 11 Monaten, zum Jahresende, keine Ergebnisse vorlegen. Opfer beschwerten sich, dass die Kommissionsmitglieder sich weigerten mit ihnen zu reden, auch als sie ihnen per Post ihre medizinischen Befunde zukommen ließen. Die erste gewählte Regierung sicherte im November per Erlass den Geschädigten und Angehörigen der Toten eine finanzielle Ausgleichszahlung zu - nach erneuten Protesten und Hungerstreiks. Doch die Betroffenen forderten weiterhin eine juristische Aufarbeitung und eine, auch personelle Reform des Justizwesens. (1)

Die tunesische Regierung trat 2011 dem internationalen Strafgerichtshof bei und ratifizierte eine Reihe internationaler Menschenrechtsvereinbarungen. Darunter das Fakultativprotokoll zum UN-Übereinkommen gegen Folter (OPCAT). (4)

Die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung im Oktober 2011 wurden auch von internationalen Beobachtern als frei und fair bezeichnet. Sie bekam den Auftrag in einem Jahr eine neue Verfassung auszuarbeiten. Die islamistisch orientierte Ennahda Partei wurde stärkste Partei nach den Wahlen.

Delegierte von Amnesty International besuchten Tunesien im Jahr 2011 vier Mal. (3)
Der UN-Sonderberichterstatter über Folter besuchte Tunesien im Mai 2011.

Quellen:

1) www.amnesty-tunesien.de/Main/Informieren-PM8

2) www.amnesty.de/jahresbericht/2012/tunesien

3) Veröffentlichungen der AI-Delegationen:

Tunisia: Human rights agenda for change (MDE 30/008/2011)

Tunisia in revolt: State violence during anti-government protests (MDE 30/011/2011)

Amnesty International's human rights manifesto for Tunisia (MDE 30/017/2011)

4) www.amnesty.org/en/news-and-updates/tunisia-joins-international-criminal-court-2011-06-24